

Aktionsplan 2015

1 ALLGEMEINER TEIL



1.1 REPORTING 2013

Der vorliegende Aktionsplan 2015 ist auf der Grundlage des Reportings der Fachgesellschaften der fmCh entstanden. Mit dem Reporting konnten die Fachgesellschaften angeben, welche Prioritäten die fmCh setzen soll. Dabei wurde zwischen politischen Themen und Dienstleistungen unterschieden.

Prioritäten bei den politischen Themen :

Thema
Qualitätssicherung
Hochspezialisierte Medizin
Tarmed
Neue Spitalfinanzierung (Rahmenbedingungen)
Zusatzversicherung (neue Bereiche)

Prioritäten bei den Dienstleistungen :

SwissDRG (Tarifstruktur)
Support DRG-Antragsverfahren
Support Qualitätssicherung
Zusatzversicherung (neue Produkte)
Haftpflichtversicherung

1.2 REPORTING 2014

Strategie

Das Reporting 2013, welches vom 30. August bis zum 30. Oktober 2013 durchgeführt wurde, erfuhr am 18. Juni 2014 seine Fortsetzung. Am Nachmittag des 18. Juni 2014 trafen sich der Vorstand der fmCh, die Präsidentinnen und Präsidenten, die Sekretäre und Sekretärinnen der Fachgesellschaften. An dieser Sitzung wurden einerseits die gemäss Reporting des Jahres 2013 zu priorisierenden Schwerpunktthemen der fmCh bestätigt. Andererseits und, unter Berücksichtigung der verfügbaren Mittel und Ressourcen, wurden die strategischen Ziele ausgearbeitet.

Konkrete Massnahmen

Anlässlich der Vorstandsklausur vom 2. bis 4. Oktober 2014 setzte der Vorstand die Planung fort und definierte aufgrund der strategischen Ziele die einzelnen konkreten Massnahmen. Diese Massnahmen und die daraus entstandenen Projekte bilden nun den vorliegenden Aktionsplan 2015, der nachfolgend im „Speziellen Teil“ zu lesen ist.

2 SPEZIELLER TEIL

2.1 Tarmed : Struktur und Preis

Rechtliche Situation

- Weitere rechtliche Schritte sind eher nicht in Betracht zu ziehen.
- Es kann niedergelassenen Ärzten kaum zugemutet werden, Einzelklagen zu führen. Schikanen durch Hausärzte könnten die Folge sein. Die Kostenfolgen wären vermutlich hoch, während die Erfolgsaussichten eher klein sind.
- Die bisherigen Schritte waren richtig. Sie haben immerhin zur Klärung der Situation beigetragen und können als Warnschuss an Bundesrat interpretiert werden.

Tarvision

- Neben der FMH soll auch die fmCh die Gesamtübersicht über die laufenden Revisionsarbeiten haben.
- Die Tarifdelegierten der Fachgesellschaften sollen zu Informationsveranstaltungen aufgeboten werden.
- Die Dignitäten stehen zur Diskussion. Eine Aufhebung derselben lehnt die fmCh strikt ab.

Spezialistentarif

- Als Alternative zum Tarmed soll ein Spezialisten- und Spitaltarif ambulant geprüft werden.
- Die Frage der Preisbildung (TPW) soll aktiv angegangen werden.

2.2 Hochspezialisierte Medizin

Die Forderungen der fmCh sollen in einem Masterbrief formuliert werden. Der Masterbrief geht an :

- Kantonale Ärztesellschaften,
- Kantonsparlamente,
- Parteien,
 - Präsidenten, Parteisekretäre
- Schweiz. Patientenorganisation,
- Spitäler.

2.3 Qualität und Stiftung für Patientensicherheit

- Die fmCh lobbyiert für eine sinnvolle Ausgestaltung des Nationalen Qualitätszentrums.
- Die Fachgesellschaften müssen in Sachen Qualitätssicherung Verantwortung übernehmen.
- Die Vergütung soll an die Teilnahme an Q-Projekten gekoppelt werden.
- Finanzierung Stiftung für Patientensicherheit :
 - CHF 10'000.- zusätzlich für 2014.
 - Beitrag ab 2015 : 30'000 CHF.

2.4 Externe Meinungsbildung

Die fmCh hat die Kommunikationsfirma Rutz und Partner GmbH beauftragt, ein Konzept für eine Kampagne für freie Spitalwahl für alle zu erarbeiten. Das Konzept sieht folgende Massnahmen vor :

a. AG «Freie Spitalwahl für alle» : Plattform für Mitverbündete

- einfache Medienmitteilungen,
- Informationsveranstaltungen,
- Factsheet (Wickelfalz) mit den wichtigsten Informationen,
 - Verteilung des Factsheets v.a. an Behörden und Entscheidungsträger
 - Auflage in Arztpraxen (Wartezimmer)
- Website «Freie Spitalwahl für alle»,
- Kommunikation via Social Media (insbes. Facebook).

b. Petition

c. Verleihung eines Preises

2.5 Interne Meinungsbildung

- Der Informationsfluss zu den Fachgesellschaften soll nach dem spezifischen Wunsch der Fachgesellschaften gestaltet werden :
 - Entweder über Vorstandsmitglieder oder zusätzlich über Präsidenten und Sekretäre.
 - Informationen zu Tariffragen sollen speziell und gesondert vermittelt werden.
- Frist für Umfragen : in der Regel 3 Wochen, in Notfällen 10 Tage.
 - Keine Rückmeldung bis Ablauf der Frist bedeutet Zustimmung.
 - Entscheidungen, die schneller getroffen werden müssen, sind dem Führungsgremium zu überlassen.
- Versände in Papierform erhöhen die Aufmerksamkeit beim Empfänger.
- Persönliche Kontakte zwischen Vertretern der fmCh und der Fachgesellschaften schaffen Vertrauen und fördern den Informationsfluss.
- Evtl. Besuche bei Fachgesellschaften in Begleitung von Politikern planen (erhöht den Mehrwert von Vorstandssitzungen).

2.6 Dienstleistungen

Die Mitglieder der fmCh profitieren von zahlreichen Dienstleistungen, welche das Generalsekretariat der fmCh erbringt.

Um diese Dienstleistungen besser sichtbar zu machen, wurde eine Broschüre ausgearbeitet. Diese Broschüre unterscheidet zwischen «Grundleistungen» und «Premium Leistungen». «Grundleistungen» sind Dienstleistungen, welche das Generalsekretariat jederzeit anbieten kann.

«Premium Leistungen» sind Dienstleistungen, welche grössere Ressourcen im Generalsekretariat binden und deshalb nur nach Absprache mit dem Generalsekretariat erbracht werden können.

Die Broschüre «Dienstleistungen der fmCh» wird allen Mitgliedern der fmCh per Post verschickt. Zudem soll geprüft werden, ob die Broschüre der SÄZ beigelegt werden kann.